

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Berlin, 3. Juni 2022

Liebe Leserinnen und Leser,



diese Woche war Haushaltswoche im Bundestag und wir schaffen mit dem ersten gemeinsamen Haushalt Sicherheit in der Krise und setzen wichtige Impulse für die Zukunft unseres Landes. Der Bundeshaushalt 2022 sieht Ausgaben in Höhe von fast 496 Milliarden Euro vor – ein Plus von fast zwölf Milliarden Euro. Mehr als 50 Milliarden Euro davon sind für Investitionen vorgesehen.

Der Mindestlohn von 12 Euro kommt, heute haben wir ihn beschlossen und er kann somit im Oktober in Kraft treten. Er ist eine verdiente Lohnerhöhung für Millionen von Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, aber trotzdem nur schwer über die Runden kommen. Für uns war und ist es eine Frage des Respekts, dass Arbeitnehmer:innen in Ostdeutschland, Frauen und alle Beschäftigten in Branchen mit schwacher Tarifbindung ab Herbst deutlich mehr Geld in der Tasche haben. Zudem haben wir in dieser Woche eine spürbare Rentenerhöhung beschlossen – im Westen ist es die höchste seit 40 Jahren. Dort steigen die Altersbezüge um gut fünf Prozent, im Osten um sechs Prozent.

Unsere Bundeswehr wurde viele Jahre unter konservativer Führung heruntergewirtschaftet. Nun haben wir heute den Schalter wieder umgelegt. Unsere Streitkräfte sollen die Ausrüstung bekommen, die sie brauchen, damit sie die sicherheitspolitischen Aufgaben in Deutschland und innerhalb der NATO wahrnehmen können. Deshalb haben wir ein Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Das Sondervermögen ist jetzt im Grundgesetz verankert. So schaffen wir Planungssicherheit für die bestmögliche Ausrüstung unserer Soldat:innen. Zugleich stellen wir sicher, dass Zukunftsinvestitionen in soziale Sicherheit, Klimaschutz und Digitalisierung nicht zu kurz kommen.

Der Krieg in der Ukraine hat auch die Energiepreise in Deutschland ansteigen lassen. Die Ampel-Koalition hat darauf zügig und entschlossen reagiert. Wir haben zwei umfassende Entlastungspakete in Höhe von mehr als 30 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, die bedürftigen Menschen spürbar und unbürokratisch zugutekommen.

Ihre

In dieser Ausgabe:

Bilder der Woche.....	2
Zitat der Woche.....	2
Podcast der Fraktion.....	2
Mindestlohn.....	3
Senior:innen.....	3
Bundeswehr.....	4
Haushalt 2022	6



Bilder der Woche



Foto: Marburger Bund

Als parlamentarische Staatssekretärin beim Gesundheitsminister habe ich in dieser Woche beim parlamentarischen Sommerfest des Marburger Bunds ein Grußwort gehalten. Neben einem Dankeschön für den Pandemieeinsatz bin ich dabei auch auf die zentralen Vorhaben der Gesundheitspolitik, die wir in den kommenden Monaten in Angriff nehmen wollen, eingegangen. Unter anderem wird es darum gehen, die gesetzliche Krankenversicherung finanziell zu stabilisieren und eine umfassende Pflegereform auf den Weg zu bringen.

Zitat der Woche

„Wir wollen eine konzertierte Aktion gegen Preisdruck. Wir wollen Arbeitnehmer:innen finanziell Luft verschaffen, ohne Arbeitgeber zu überfordern und Inflationsrisiken anzuheizen.“



Bundeskanzler Olaf Scholz in der Generaldebatte des Bundestags zu den Haushaltsberatungen am 1. Juni

Foto: DDF/Photoethik, Xander Heintz



Foto: Büro Dittmar/Michael Frank

Am 4. Juni ist der Tag der Organspende! Ich bin bei der zentralen Veranstaltung in Mainz dabei. Ein Termin, auf den ich mich sehr freue. Organspende geht uns alle an. Jeder sollte sich damit beschäftigen, seine persönliche Entscheidung treffen und, was besonders wichtig ist, diese auch auf einem Organspenderausweis oder in einer Patientenverfügung dokumentieren.

Lage der Fraktion - der Podcast

Die SPD-Fraktion gibt es auch zum Hören. Die „Lage der Fraktion“ ist die sozialdemokratische Gesprächsrunde zur Bundespolitik: Was haben wir vor? Was bringen wir voran? Und wo hakt es vielleicht auch noch? In meinem Newsletter stelle ich Ihnen die jeweils neueste Folge vor.



Bärbel Bas ist die zweite Sozialdemokratin und die dritte Frau an der Spitze des Parlaments. Sie erzählt, wie sie es von der Hauptschule bis in den Bundestag geschafft hat, warum sie Verfechterin von Frauenquoten ist, wie sie die AfD in Schach halten will - und warum sie gelernt hat, zu schweißen.

Wer Reinhören will: Zum Podcast geht es [hier](#) oder mit einem Klick aufs Bild!



Mindestlohn

Der Mindestlohn wird auf 12 Euro erhöht

Es ist so weit: Der Bundestag hat die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro beschlossen. Am 1. Oktober tritt sie in Kraft. Vor allem Frauen und Ostdeutsche werden davon profitieren.

Der 12-Euro-Mindestlohn kommt! Der Bundestag hat das Gesetz am Freitag beschlossen. Durch die einmalige Erhöhung per Gesetz werden Millionen von Arbeitnehmer:innen ab Oktober 2022 mehr Lohn in der Tasche haben, besonders profitieren davon Frauen und Ostdeutsche.

Die Anhebung per Gesetz ist einmalig. Danach wird die von Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen besetzte Mindestlohnkommission über künftige Erhöhungsschritte entscheiden.

Zudem wird die Verdienstgrenze für Minijobs auf 520 Euro erhöht und dynamisiert. Das bedeutet: Steigt der Mindestlohn, steigt auch die Verdienstgrenze. Eine Wochenarbeitszeit von zehn Stunden ist damit weiterhin möglich. Darüber hinaus wird es eine spürbare Verbesserung bei den Midijobs geben, also im sogenannten Übergangsbereich bei Verdiensten über 520 Euro. Künftig werden die Sozialbeiträge für Beschäftigte im unteren Übergangsbereich langsamer ansteigen, während Arbeitgeber:innen einen höheren Anteil als bisher leisten müssen.

Zudem wird die Obergrenze von 1.300 auf 1.600 Euro angehoben. Dadurch wird der Anreiz für eine Tätigkeit oberhalb der Minijob-Grenze attraktiver. Dies führt zu einem höhe-

ren Verdienst und zu höheren Beitragszahlungen, durch die das Risiko der Altersarmut reduziert wird.

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn wurde zum 1. Januar 2015 eingeführt und hat sich bewährt. Er hat nachweislich keine negativen Folgen für den Arbeitsmarkt oder das Preisniveau gehabt. Im Gegenteil: Ein höherer Mindestlohn ist ökonomisch sinnvoll, denn er stärkt die Kaufkraft und stabilisiert die wirtschaftliche Erholung.

Senior:innen

Die Renten steigen

Ab Juli werden die Renten erhöht, um 5,25 Prozent im Westen und um 6,12 Prozent im Osten. Drei Millionen Bezieher einer Erwerbsminderungsrente erhalten einen pauschalen Zuschlag.

Der Ampel-Koalition sind die Renter:innen wichtig: Im Juli werden die Renten im Westen um 5,25 Prozent und im Osten um 6,12 Prozent steigen. Das hat der Bundestag am Freitag beschlossen. In Zeiten steigender Preise ist diese spürbare Erhöhung ein wichtiges Signal, besonders für kleine Renten. „Das ist kein Geschenk - das ist verdient“, betonte Hubertus Heil am Freitag im Bundestag. Renter:innen würden gerne braun gebrannt und mit Golfschläger bebildert - dabei kenne er viel mehr Rentner:innen, die Minigolf spielten, als welche, die sich Golf leisten könnten. Wer im Alter auf der Parkbank sitze, der habe oft Jahre Werkbank hinter sich. „Deshalb sei diese Rentenerhöhung wichtig und richtig!“, so Heil. Sie sei das Ergebnis von Lebensleistung.

Außerdem werden endlich deutliche Verbesserungen für Erwerbsminderungsrentner:in-



nen erreicht. Also für alle, die krankheitsbedingt nicht mehr oder nur noch teilweise arbeiten können und deshalb die sogenannte Erwerbsminderungsrente beziehen. Für viele von ihnen sollen die Renten für die spürbar erhöht werden. Wer eine Erwerbsminderungsrente bezieht, die zwischen 2001 und 2018 begonnen hat, soll ab Juli 2024 einen pauschalen Zuschlag erhalten, der an die individuelle Rentenhöhe anknüpft. Davon profitieren rund drei Millionen Menschen. Durch die Erhöhung soll Altersarmut bekämpft und die derzeitigen finanziellen Belastungen durch die höheren Energiepreise abgefedert werden.

Zudem soll der Nachholfaktor wieder eingeführt werden, der dafür sorgt, dass sich Löhne und Renten im Gleichklang entwickeln. Während der Corona-Pandemie wurde eine Rentengarantie eingeführt und der Nachholfaktor vorübergehend ausgesetzt, damit die Renten stabil bleiben. Inzwischen steigen die Löhne wieder und der Faktor wird wieder eingeführt. Damit wird für eine generationengerechte Rente gesorgt.

100 Milliarden für die Bundeswehr

Bundestag beschließt Sondervermögen

Der Bundestag hat das Sondervermögen Bundeswehr beschlossen - für leistungsfähige und fortschrittliche Streitkräfte.

Der Bundestag hat beschlossen, die Bundeswehr mit einem Sondervermögen über 100 Milliarden Euro auszustatten. Ziel ist eine leistungsfähige und fortschrittliche Bundeswehr, die so ausgestattet ist, dass sie ihren Kernauftrag – die Landes- und Bündnisverteidigung – auch im Lichte der neuen Bedrohungslage voll erfüllen kann.

Dass es bei einem Vorhaben in dieser Dimension zu einer gemeinsamen Lösung von Regierung, Koalitionsfraktionen und der größten Oppositionsfraktion kommt, zeigt, dass alle Beteiligten ihrer großen staatspolitischen Verantwortung nachkommen. Die Errichtung des Sondervermögens soll im Grundgesetz verankert werden. Dafür ist eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat nötig. Nach dem Beschluss des Bundestages muss nun der Bundesrat noch zustimmen.

Den Weg eines Sondervermögens haben die Regierungsfaktionen gewählt, weil einerseits zügig in eine moderne Bundeswehr investiert werden muss und andererseits keine Abstriche bei den vereinbarten wichtigen Vorhaben der Koalition gemacht werden sollen. Investitionen in die nötige Transformation und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bleiben wichtig.



Wer in Freiheit leben will, braucht militärische Stärke

Der durch Präsident Putin befohlene brutale und durch nichts zu rechtfertigende Angriff Russlands auf die Ukraine hat sowohl die europäische wie auch die weltweite Friedensordnung ins Wanken gebracht. Russland hat gewaltsam das Völkerrecht gebrochen.

Dieser Krieg markiert eine Zeitenwende, die auch in unserer Politik für unser Land neue Antworten erfordert. Er hat vor Augen geführt: Wer in Freiheit leben will, braucht auch militärische Stärke, um diese Freiheit zu schützen und zu verteidigen.

Über viele Jahre wurde an der Bundeswehr gespart, gekürzt und sie wurde schlecht verwaltet. Das hat zu großen Lücken bei der Ausrüstung der Streitkräfte geführt.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seiner Regierungserklärung zur Zeitenwende am 27. Februar 2022 im Deutschen Bundestag angekündigt, dass von nun an Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung investiert werden.

Es wurde nun vereinbart, dass das Sondervermögen genutzt werden soll, um im mehrjährigen Durchschnitt von fünf Jahren zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf Basis der aktuellen Regierungsprognose für Verteidigungsaufgaben nach NATO-Kriterien bereitzustellen.

Maßnahmen zur Cybersicherheit aus dem Bundeshaushalt

Nach Verausgabung des Sondervermögens sollen aus dem Bundeshaushalt weiterhin die finanziellen Mittel bereitgestellt werden, um das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr und den deutschen Beitrag zu den NATO-Fähigkeitszielen zu gewährleisten.

Es wurde weiter vereinbart, dass unabhängig vom Sondervermögen Bundeswehr zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit Maßnahmen zu Cybersicherheit, Zivilschutz sowie zur Ertüchtigung und Stabilisierung von Partnern über den Bundeshaushalt finanziert werden sollen. Die Bundesregierung wird eine Strategie zur Stärkung der Sicherheit im Cyber- und Informationsraum vorlegen.

Schließlich wurde in den Verhandlungen das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens dahingehend präzisiert, dass der Zweck des Sondervermögens noch klarer beschrieben wird: Es soll die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit stärken und dazu ab dem Jahr 2022 die Fähigkeitslücken der Bundeswehr schließen.

Die Mittel des Sondervermögens sollen der Finanzierung bedeutsamer Ausrüstungsvorhaben der Bundeswehr dienen, insbesondere komplexer überjähriger Maßnahmen.

Wirtschaftsplan enthält konkrete Rüstungsvorhaben

Das Bundesministerium der Verteidigung hat in den vergangenen Wochen die dringendsten Fähigkeitslücken identifiziert.

Gleichzeitig wird das Verteidigungsministerium dafür sorgen, dass die Mittel verantwortungsvoll und wirtschaftlich ausgegeben werden. Marktverfügbare und bewährte Systeme haben Vorrang vor aufwändigen Entwicklungslösungen. Die Beschaffungsverfahren werden deutlich vereinfacht und beschleunigt. Erste Maßnahmen dazu wurden bereits ergriffen.



Haushalt 2022

Im Zeichen der globalen Krisen

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine wirkt sich auch auf den Haushalt aus. Neben der Modernisierung der Bundeswehr werden die Entwicklungszusammenarbeit und der Sozialstaat gestärkt.

In dieser Woche wurde der Haushalt 2022 vom Parlament verabschiedet – die Beratungen standen im Zeichen der großen, globalen Krisen. Zum einen wird immer noch mit den Folgen der Corona-Pandemie gekämpft, zum anderen hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine dramatische Folgen für die globale Sicherheitsarchitektur, aber auch für die Welternährung. Diesen Entwicklungen trägt der Haushalt in verantwortungsvoller Weise Rechnung.

„Die Ergebnisse der Haushaltsverhandlungen beweisen, dass die Ampel-Koalition genau in diesem Spannungsfeld Sicherheit im Wandel gestaltet“, sagt Dennis Rohde, der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag. Der Bundeshaushalt 2022 garantiert die äußere, die innere und die soziale Sicherheit.

Gleichzeitig Sorge er für die dringend notwendigen Investitionen, die den Wohlstand des Landes auch in Zukunft sichern. „Die Ampel-Koalition investiert in Infrastruktur, schützt das Klima, unterstützt den Mittelstand, fördert Forschung, Innovation und den sozialen Zusammenhalt“, so Rohde.

2,4 Milliarden zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit

Die Zeitenwende bedeutet nicht nur dringend notwendige Investitionen in die Bundeswehr, sondern auch die Stärkung der Sicherheits-, Außen- und Entwicklungspolitik.

Mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, das im Grundgesetz verankert wird, soll die Bundeswehr gestärkt werden. Mit zielgerichteten Mehrausgaben für die militärische Ertüchtigung von Deutschlands Partnerstaaten und deutlichen Zuwächsen in den Etats des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung reagieren die Regierungskoalitionen zudem entschlossen auf die Herausforderungen des Krieges und auch auf die dadurch drohende Ernährungs- und Energiekrise. Im Etat des Auswärtigen Amtes wird der Ansatz für humanitäre Hilfe auf 2,7 Milliarden Euro erhöht. Das Bundesministerium erhält zusätzliche Mittel in Höhe von 1,4 Milliarden Euro.

Zusammen mit einer weiteren Milliarde im Gesamthaushalt stehen rund 2,4 Milliarden zusätzlich für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Verfügung, um sowohl die Ukraine direkt zu unterstützen als auch die Folgen des Krieges für Entwicklungs- und Schwellenländer abzumildern.

Die soziale Sicherheit wird gestärkt

Ein weiterer wichtiger Baustein dieses Haushaltes sind die Investitionen im Kampf gegen den Klimawandel. Damit verbunden sind Investitionen in natürlichen Klimaschutz, in Elektromobilität, in energieeffiziente Gebäude, in die Dekarbonisierung der Industrie und den Wasserstoff-Standard Deutschland. Damit wird die Transformation der Wirtschaft unterstützt. Gegenüber den ursprünglichen Planungen werden weitere Investitionen in

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Schiene, Binnenschifffahrt, Radwege und Digitalisierung verstärkt. Bei der Digitalisierung der Schiene werden in den nächsten Jahren 400 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt.

Dabei wird die innere und soziale Sicherheit fest im Blick behalten: Das Technische Hilfswerk (THW), Zoll und Bundespolizei werden gestärkt. Zudem wird der sozialen Arbeitsmarkt unterstützt und es werden Mittel bereitgestellt, die es ermöglichen werden, ukrainische Geflüchtete schnell und einfach zu integrieren.

400.000 neue Wohnungen

In der Wohnungsbaupolitik wird daran gearbeitet, das jährliche Ziel von 400.000 neuen Wohnungen umzusetzen und in altersgerechtes Umbauen und Städtebau investiert. Das Gleiche gilt für die Stärkung von Wohneigentum für junge Familien, auch über die Förderung von Baugenossenschaften. Zudem wird in die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens investiert, um endlich bessere Startchancen unabhängig vom Elternhaus zu schaffen.

In diesem Jahr sind Ausgaben in Höhe von 495,8 Milliarden Euro vorgesehen. Da die geplanten Ausgaben die Steuer- und sonstigen Einnahmen übersteigen, ist zum Ausgleich eine Nettokreditaufnahme von 138,9 Milliarden Euro avisiert. Die Neuverschuldung liegt damit wie 2020 und 2021 über der von der Schuldenregel des Grundgesetzes regulär zulässigen Kreditaufnahme. Für die Aufnahme hat der Bundestag erneut eine Ausnahme von der Schuldenregel beschlossen.